

Zum pädagogischen Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Stephan Bundschuh • Anne Broden

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

In den vergangenen Jahren ist zunehmend in das Bewusstsein gerückt, dass rechtsextreme Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet sind. So wurden rechtsextreme Parteien in verschiedene Landtage gewählt. Vor allem in Ostdeutschland äußert sich der Rechtsextremismus in unmittelbarer Gewalt auf der Straße gegen Migrant/innen, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose und politisch anders Gesinnte.

Aber auch in den alten Bundesländern gibt es keinen Grund zur Beruhigung. Der Rechtsextremismus erstarkte im Westen bereits vor der Wiedervereinigung, man denke nur an die Wahlerfolge der Republikaner in den 1980er Jahren. Wenn man die Äußerungsformen des Rechtsextremismus zwischen Ost und West unterscheiden will, so lässt sich sagen: Im Osten sehen wir mehr unmittelbare Gewalt auf der Straße, im Westen ist der Rechtsextremismus ideologisch gefestigter und hat ältere Wurzeln.

Dass der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern augenscheinlicher ist, hat mit der sozialen und ökonomischen Deklassierung zu tun, die in den neuen Bundesländern stattfindet. Dort können sich Rechtsextreme direkt an berechnete soziale Proteste anschließen (Stichwort: Demonstrationen gegen Hartz IV) und mit ihren einfachen Erklärungen punkten. Zudem hat der Rechtsextremismus aus ideologischen Gründen die neuen Bundesländer zum zentralen Agitationsgebiet erkoren, auch das erklärt die manifesten Aktivitäten der Rechtsextremen in den neuen Bundesländern. Doch ob es wirklich mehr Rechtsextreme im Osten gibt, scheint durchaus fraglich, sie sind dort nur deutlicher sichtbar.

Auch die mediale Darstellung hat ihren Anteil an der Wahrnehmung des Rechtsextremismus und seiner Gewichtung als Ostproblem. Rechtsextremismus in aktiver Form umfasst keine allzu große Zahl von Menschen. Er zeigt sich aber in seinen gewaltsamen Manifestationen als sehr medienwirksam und erscheint damit als mächtig. Das Gefühl, im Mittelpunkt medialer und politischer Aufmerksamkeit zu stehen, zieht junge Männer an, sie fühlen sich dadurch stark. Dies ist teilweise auch ihre unmittelbare Erfahrung. Wenn Rechtsradikale auf der Straße martialisch auftreten und Leute ihnen aus dem Weg gehen, spüren sie ihre Macht und das gefällt.

Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Eltern

Es ist ein Gebot der Aufklärung, Menschen nicht unmittelbar nach ihrem äußeren Erscheinungsbild zu beurteilen. Bei einem Anzugträger kann es sich um einen besonnenen Menschen handeln, er kann aber auch ein Schläger sein. Der Glatzkopf ist vermutlich rechtsradikal, er könnte aber auch ein links orientierter Skin sein. Deshalb sollten Eltern als erste Bezugspersonen ihr Kind vielschichtig wahrnehmen. Sie sollten Veränderungen in der Kleidung registrieren, sie sollten merken, wenn die musikalischen Texte zunehmend rassistischer werden, sie sollten einen Blick dafür haben, wenn sich die Clique des Kindes verändert und das Kind bei familiären Diskussionen beginnt, rechtsradikale Sprüche zu klopfen. Dies alles werden Eltern natürlich nur registrieren, wenn sie den Kontakt zu ihrem Kind noch nicht verloren haben und die rechtsextremen Codes kennen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass der Einstieg in die rechtsextreme Szene oftmals zwischen 11 und 14 Jahren erfolgt. Danach wird es für Eltern erheblich schwieriger, kontrollierend einzugreifen.

Eltern sollten unbedingt in Kontakt mit ihrem Kind bleiben bzw. versuchen, den Kontakt wieder herzustellen. Dies ist ein Gebot, das generell für die pubertäre Phase bei Jugendlichen gilt, die auch bei anderen Problemen wie Drogen oder Schulverweigerung Eltern an den Rand der Verzweiflung bringt. Hier besteht oft ein ähnliches Unvermögen der Eltern, den Kontakt mit den Jugendlichen aufrecht zu erhalten und Konflikte durchzustehen. Dabei sind Eltern für ausstiegswillige Jugendliche als mögliche Ansprechpersonen außerordentlich wichtig. Eltern müssen sich also mit ihren Kindern auseinandersetzen.

Sofern Eltern diese Entwicklung ihres Kindes nicht dulden oder gar unterstützen, sind sie zuerst natürlich irritiert und schockiert. Die Scham, in der Erziehung versagt zu haben, und die Angst, vom Bekannten- und Freundeskreis stigmatisiert zu werden, hindert Eltern oftmals daran, sich rechtzeitig Rat zu suchen. Durch Verschweigen aber wird dem Jugendlichen nicht geholfen. Grundsätzlich gilt:

- Veränderungen in Outfit, beim Freundeskreis, bei ideologischen Äußerungen wahrnehmen und ansprechen;
- Unterstützung suchen zum Umgang mit der rechtsextremen Orientierung bei Freundinnen und Freunden des Jugendlichen bzw. deren Eltern, die nicht der rechtsextremen Szene angehören;
- Kontakt zu Lehrerinnen und Lehrern des Vertrauens, ggf. auch Unterstützung suchen bei Jugend- und Familienberatungsstellen;
- Diskussionen nicht aus dem Weg gehen und sich deutlich gegen die menschenverachtenden Ideologien abgrenzen;
- Klare Absprachen, klare Regeln, Konsequenzen aufzeigen. Verbote sollten nur die letzte Konsequenz sein, weil sie häufig nicht durchzusetzen sind und dem Plädoyer für Pluralität, Meinungsfreiheit und Anerkennung der Verantwortlichkeit des Individuums widersprechen;

- Kontakte, Freizeitangebote jenseits der rechtsextremen Szenen organisieren.

IDA-NRW hat 2008 ein Netzwerk zur Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextremer Jugendlicher in NRW aufgebaut. Dieses Netzwerk setzt sich aus Beraterinnen und Beratern der kommunalen Jugendämter, aus Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie Schulen zusammen, die zur Beratung ratsuchender Eltern und anderer Bezugspersonen (Familienangehörige, auch Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeitende etc.) zur Verfügung stehen. Eltern und andere Ratsuchende können Kontakt zu IDA-NRW aufnehmen und sich dort zu einer/m lokal verorteten Berater/in vermitteln lassen.

Schule

Auch für Freunde, Mitschüler/innen und Lehrer/innen lautet das erste Gebot: Hinsehen, nicht Wegsehen! Thematisieren, nicht ignorieren! Schüler/innen müssen die Diskussion und den Konflikt suchen, wenn sie merken, dass ein/e Mitschüler/in rechtsradikale Meinungen propagiert oder andere Schüler/innen bedroht. Sie sollten sich nicht scheuen, sich mit Lehrerinnen und Lehrern – in der Regel Vertrauenslehrer/innen – in Verbindung zu setzen. Für Lehrende heißt das: Sie müssen das Gespräch suchen.

Wir hätten sicherlich weniger rechtsextreme Jugendliche, wenn eine intensivere Auseinandersetzung zwischen Lehrenden und Schülerinnen und Schülern stattfinden würde. Lehrerinnen und Lehrer müssen das Thema im Unterricht aufgreifen. Es macht aber keinen Sinn, wenn Schulen Rechtsextremismus immer als Problem der anderen thematisieren, vielmehr muss es als eigenes Problem der Jugendlichen und vielleicht sogar der Lehrenden an der Schule konfrontativ angegangen werden. Wenn Schülerinnen und Schüler nach rechtsextremen Aktivitäten an der eigenen Schule gefragt würden, würden sich viele Lehrende wundern, welche Auseinandersetzungen an ihrer Schule stattfinden, ohne dass sie es merken.

Solche politischen Diskussionen im Unterricht sind sehr wichtig, wenn sie mit dem entsprechenden pädagogischen Know-how und nicht als Frontalunterricht, in dem die Lehrende den Schülerinnen und Schülern mitteilt, warum der Rechtsextremismus »böse« ist, in den Unterricht eingebracht werden. Dann besteht die Chance, dass sich die Jugendlichen aktiv damit auseinandersetzen und Konflikte vor Ort bearbeiten.

Die pädagogische Auseinandersetzung ist entscheidend, die Diskussion zu Rechtsextremismus kann nicht mit Kleidervorschriften oder Schulverweisen erledigt werden. Die Einführung einer allgemeinen Kleiderordnung in Schulen halten wir für sehr bedenklich, da das bei Schülerinnen und Schülern als Entmündigung wahrgenommen wird und nicht die produktive Auseinandersetzung und Abwehr rechtsextremer Gesinnung fördert. Ein anderer Weg wäre, in einem breiten Diskussionsprozess zwischen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrenden und Eltern einen Kodex zu erarbeiten, in dem u. a. Schülerinnen und Schüler durch eigene Zustimmung das Tragen bestimmter Symbole in ihrer Schule nicht akzeptieren. Das Projekt »Schule ohne Rassismus« setzt auf solch breite Diskussionen in den Schulen und verpflichtet Schulen, die diesen Titel tragen wollen, dazu, sich

regelmäßig mit Diskriminierungen, Rassismus und Rechtsextremismus an der eigenen Schule auseinander zu setzen. Zusammenfassend gilt:

- rechtsextreme CDs und Zeitschriften im Unterricht, im Pausengespräch, bei der Konferenz der Lehrenden ansprechen;
- Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit in nicht moralisierender Weise thematisieren, sondern so ansprechen, dass vorhandene Vorurteile und Strukturen bearbeitet werden können;
- Weniger Verbote aussprechen als vielmehr gemeinsam (Schülerinnen und Schüler, Lehrende, Eltern) Verhaltens- und Umgangsweisen, Outfits, Schulkultur aushandeln und kodizieren und damit Demokratie und Pluralität erlebbar machen.

Jugendarbeit

Pädagogisch sind vier Maximen zu beachten: Erstens müssen die »normalen« Jugendlichen in ihrer egalitären Gesinnung und ihrem Widerstand gegen Rechtsextreme gestärkt und zu einer differenzierten politischen Kritik befähigt werden, damit sie keinen Verschwörungstheorien oder anderen einfachen Kritikmustern anheim fallen. Demokratie- und Menschenrechtserziehung, antirassistische Trainings, Gedenkstättenfahrten und der ganze Bereich des interkulturellen Lernens zählen zu den Instrumenten der Immunisierung gegen Rechtsextremismus.

Zweitens müssen Kinder und Jugendliche unterstützt werden, die potentiell Opfer der Rechtsextremen werden können. Drittens muss mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gearbeitet werden, um sie aus der Szene herauszuholen. Diese Arbeit stellt aber einen Grenzfall der Jugendarbeit dar, der gewöhnliche Jugendarbeit überfordert. Hier gibt es z. B. den Anfang der 1990er Jahre zuerst in Bremen entwickelten Ansatz der »akzeptierenden Jugendarbeit«, der zur »gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit« (Franz Josef Krafeld) weiterentwickelt wurde. (1) Der Begriff der Gerechtigkeit soll einerseits die rechtsextremen Jugendlichen selbst ansprechen, da sie eben diese für sich einfordern, andererseits konfrontiert er sie mit dem Anspruch anderer Menschen auf Gerechtigkeit. Diese Jugendarbeit wird aber nur dort effektiv arbeiten können, wo keine bereits gefestigten rechtsextremen Muster vorliegen. Außerdem bedarf es hier besonders gut ausgebildeter Pädagoginnen und Pädagogen, die die Arbeit mit Täterinnen und Tätern angehen wollen.

Viertens muss die Jugendarbeit von rechtsextremen Kadern die Finger lassen. Diese sind in der Regel keinen Argumenten mehr zugänglich, rassistische und antisemitische Positionen sind erfahrungsgemäß aufklärungsresistent. Sofern Rechtsextreme selbst vom Rechtsextremismus Abstand nehmen wollen, sind sie die Klientel besonderer Projekte wie z. B. dem Projekt Exit-Deutschland, das Aussteigerinnen und Aussteigern, die sich bei Exit-Deutschland melden, gezielt helfen. (2) Umso wichtiger ist es, Jugendliche und junge Erwachsene vorher zu immunisieren bzw. aus der Phalanx des Rechtsextremismus zu lösen, bevor sie überzeugte Täterinnen und Täter sind.

Die Jugend(sozial)arbeit muss die unerfüllbaren Anforderungen, die von Seiten der Politik und Gesellschaft an die Soziale Arbeit erfolgen, zurückweisen. Sie ist nicht die Reparaturwerkstatt für die sozialen Probleme, die durch die Arbeitsmarktpolitik, Tarifpolitik, die Diskussionen um das Zuwanderungsgesetz und die Ethnisierungsdiskurse entstehen. Sie darf sich nicht zum Erfüllungsgehilfen des Staates machen und muss die Widersprüche zwischen Erziehung zur Mündigkeit und Erziehung zur funktionalen Produktivität aushalten und sie den Jugendlichen transparent machen. Jugendliche müssen in ihrer eigenen Individualität wahrgenommen und entsprechend ihrer eigenen Ressourcen gefördert werden.

Den Beitrag aber, den Sozialarbeiter/innen und Jugendbildende in ihrem Feld leisten können, haben sie zu leisten: Sie müssen sich mit rechtsextremen Jugendlichen auseinandersetzen, sie weder pathologisieren noch normalisieren. In ihrem jeweils eigenen Arbeitsfeld müssen sie sich positionieren und ihren Kernaufgaben nachkommen. Wenn Regelangebote gesichert sind, können spezifischere Fragen zur Demokratie- und Toleranzentwicklung angegangen werden. Die Jugendarbeit muss, wie es jüngst Birgit Rommelspacher für den gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremen formulierte, den rechtsextremen Jugendlichen »ihre Grenzen aufzeigen, ohne sie auszugrenzen; [...] in Konfrontation mit ihnen gehen, ohne die Beziehung zu ihnen aufzukündigen; [...] ihre Positionen zurückweisen, ohne ihnen die Anerkennung zu versagen«. (3)

Das heißt:

- Jugendarbeit muss rechtsextrem orientierte Jugendliche in den Blick nehmen;
- die Grenzen der Jugendarbeit dürfen nicht aus dem Blick geraten: keine Arbeit mit Kadern und Verantwortlichkeit der Pädagogik, nicht der Politik wahrnehmen;
- die Gratwanderung der Anerkennung der Jugendlichen bei gleichzeitiger deutlicher Distanzierung zu ihren menschenverachtenden Ideologien und Taten ist Kernbestand des pädagogischen Umgangs mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen.

Grundsätzlich gilt auch für den Umgang mit diesen Jugendlichen, was der Mainzer Professor für Pädagogik, Franz Hamburger, für die Pädagogik in der Migrationsgesellschaft formuliert hat: Die Pädagoginnen und Pädagogen müssen kein besonderes Handwerkszeug beherrschen, vielmehr gilt es, das pädagogische Rüstzeug besonders gut zu beherrschen.

Anmerkungen

(1) Franz-Josef Krafeld: Grundlagen der akzeptierenden Jugendarbeit und die Weiterentwicklung zur gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit – eine kurze Zusammenfassung, in: IDA-NRW (Hg.): Wider das Vogel-Strauß-Prinzip. Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, Materialien zum Rechtsextremismus, Bd. 8, Düsseldorf: 2008, S. 17-20.

(2) <http://www.exit-deutschland.de> / Telefon: (0 32 12) 1 74 58 90

(3) Birgit Rommelspacher: »Der Hass hat uns geeint«. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Frankfurt/New York 2006, S. 233.

Autor/in

Dr. Stephan Bundschuh ist Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassistische Arbeit e. V. (IDA). **Anne Broden** ist Projektleiterin der gleichnamigen Fachstelle für Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW).

Kontakt

IDA e.V. und IDA-NRW
Volmerswerther Str. 20
40221 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 15 92 55-5
info@idaev.de
info@ida-nrw.de
www.idaev.de
www.ida-nrw.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de